Initiative für das Recht auf geistiges Eigentum

Bundesministerium für Justiz
Sektionschef Prof. Dr. Georg Kathrein
Museumstraße 7
1070 Wien

Ihre Zahl: BMJ-Z8.119/0023-I 4/2015

Ministerialentwurf für ein Bundesgesetz, mit dem das Urheberrechtsgesetz und das Verwertungsgesellschaftengesetz 2006 geändert werden (Urheberrechts-Novelle 2015 - Urh-Nov 2015)

Sehr geehrter Herr Sektionschef Prof. Dr. Kathrein!

Stellvertretend für die KünstlerInnen und VertreterInnen der österreichischen Kreativwirtschaft möchten wir Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Ministerialentwurf für die Urheberrechts-Novelle 2015 danken. Wir dürfen Ihnen diese mitfolgend übermitteln.

Wir danken Ihnen im Voraus für die Berücksichtigung unserer Anliegen und hoffen auf Fairness und Sicherheit für Österreichs Kunst- und Kulturbetrieb.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Initiative „Kunst hat Recht."

Andi Baum, Mercedes Echerer, Gustav Ernst, Silke Hassler, Veit Heiduschka, Peter Henisch, Elfriede Jelinek, Danny Krausz, Barbara Neuwirth, Alexander Potyka, Doron Rabinovici, Angelika Reitzer, Gerhard Ruiss, Robert Schindel, Eva Schobel, Eva Spreitzhofer, Marlene Streeruwitz und Peter Turrini.

„Kunst hat Recht." Initiative für das Recht auf geistiges Eigentum

In der Initiative „Kunst hat Recht." haben sich etwa 2.700 Musikschaffende, AutorInnen, Filmschaffende, bildende KünstlerInnen und FotografInnen zusammengeschlossen, um auf den massiven Einkommensverlust durch die Missachtung des Urheberrechts im Internet aufmerksam zu machen.

Organisationsbüro „Kunst hat Recht."
in der Literar-Mechana
Linke Wienzeile 18
1060 Wien
Tel.: 01-587 21 61–44; E-Mail: kontakt@kunsthatrecht.at

Initiative für das Recht auf geistiges Eigentum

MEDIENUNTERLAGE

Kunst hat Recht.: „Festplattenabgabe ja, aber fair und sicher!“

KünstlerInnen zum Entwurf der Urheberrechtsgesetz-Novelle 2015

Wien, Juni 2015. Seit Jahren fordern wir die Ausweitung der bestehenden Leerkassettenvergütung. Nun liegt ein Gesetzesentwurf vor, der die Festplattenabgabe enthält und bereits ab Oktober in Kraft treten soll. Nach anfänglicher Euphorie mussten wir jedoch feststellen, dass das starke Lobbying des Elektrohandels zu einem völlig unausgewogenen Entwurf geführt hat. Die Einschränkungen in der Novelle in ihrer jetzigen Form würden genauso KünstlerInnen wie dem Kulturbetrieb massiv schaden. Rechtliche Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität sind wichtige Säulen eines funktionierenden Kunst- und Kulturbetriebs – wir plädieren für eine rechtlich sichere und faire Lösung. Nur so kann der Fortbestand der kulturellen Produktion und der Kulturnation Österreich gesichert sein werden.

1. Deckelung bei EUR 29 Millionen: Massive Verschlechterung für Kunstschaffende!

Im Entwurf ist für die nächsten Jahre eine Deckelung der Maximaleinnahmen von 29 Millionen EUR an Speichermedienvergütung UND Reprographievergütung vorgesehen. Damit wird die rechtliche Vorgabe und das kulturpolitische Ziel eines fairen Ausgleichs klar verfehlt. Die willkürliche Vermengung zweier unterschiedlicher Ansprüche (Speichermedien- und Reprographievergütung) bedeutet überdies eine Verschlechterung für die Kunst, denn die beiden Vergütungsansprüche gelten völlig unterschiedliche Nutzungen ab und müssen auch durch gänzlich unterschiedliche Zahlungspflichtige geleistet werden.

Die **feste Obergrenze** stellt zudem eine ganz massive **Verschlechterung** zu Lasten der UrheberInnen gegenüber dem bisherigen Modell dar, nach dem die Vergütungshöhe zu verhandeln ist. Der genannte Höchstbetrag stellt übrigens auf die Summen **VOR Abzug der Rückvergütungen** ab und sieht einen für Reprographie- und Speichermedienvergütung gemeinsamen Gesamtbetrag vor.

Die beiden Ansprüche müssen voneinander getrennt werden. Die Deckelung muss fallen.

Eine Beispielsrechnung: Das **Aufkommen aus der Reprographievergütung** (Geräte- und Betreibervergütung) **vor** Abzug der Rückerstattungen lag in den letzten Jahren zwischen **11,5 und 9,5 Mio. EUR, die Rückerstattungen wegen Exports haben zwischen 3,5% und 20%** betragen. Über die Reprographievergütung bestehen verhandelte Gesamtverträge, die völlig unbestritten sind. Nach dem jetzigen Entwurf würde also der für die **Speichermedienvergütung** übrig bleibende Restbetrag je nach Jahr zwischen **17,5 und 19,5 Mio. EUR,** und zwar VOR Abzug der Rückerstattungen wegen Exports bzw. gewerblicher Nutzung betragen. Dies würde nicht annähernd zu den Einnahmen führen,

die den KünstlerInnen von der Politik in Aussicht gestellt wurden. Zusätzlich müssten die Rückerstattungen abgezogen werden, die **laut Marktzahlen zwischen 6 – 7 Mio Euro betragen. Danach würden für die RechteinhaberInnen für die Speichermedienvergütung nur mehr zwischen 10,7 und 13,5 Mio Euro verbleiben.** Das ist etwa nur ein Drittel des Betrages, den die KünstlerInnen seit Jahren als angemessen gefordert haben. Und das, obwohl nachweislich mehr privat kopiert wird als je zuvor.

2. Wert von Kunst abhängig von Gerätepreis?

Mit der Deckelung von 6% auf den lt. Entwurf „typischen" (?) Preis von Speichermedien und 11% im Bereich der Gerätevergütung wird **eine weitere Obergrenze** festgelegt. **Der Wert urheberrechtlich geschützter Werke lässt sich nicht an einem Gerätepreis festmachen**, der nur vom Handel je nach Vermarktungschancen bestimmt wird. Aufgrund der derzeit bekannten Geschäftsmodelle werden die Produkte verschenkt oder zu sehr günstigen Preisen abgegeben, wobei Gewinne über eine lange Vertragsbindung an den Provider oder über das – nicht vergütungspflichtige – Verbrauchsmaterial und Zubehör erzielt werden. Die verhandelten und völlig unstrittigen Erlöse aus der Gerätevergütung würden ohne jede Begründung bei Inkrafttreten des Gesetzes erheblich (um bis zu 87%) sinken, eine angemessene Abgeltung für die Speichermedienvergütung ließe sich nicht erzielen. Damit würde eine entschädigungslose Enteignung stattfinden, die, begründungslos, zu einer erheblichen Verschlechterung für die österreichischen RechteinhaberInnen führt.

„Kunst hat Recht." spricht sich klar gegen diese weitere Obergrenze aus.

3. Existenz der Wissenschaftsverlage ist ernsthaft gefährdet!

„Kunst hat Recht." warnt vor einer ernsten Gefährdung aller wissenschaftlichen Verlage Österreichs: Diese Verlage erzielen 80 bis 85% ihrer Umsätze durch die Belieferung von Universitäten, Forschungseinrichtungen und Wissenschaftlern. Die im Gesetzesentwurf vorgeschlagene Regelung würde die Lizenzierungs- und Verkaufsmöglichkeiten der Verlage gegenüber ihren Hauptvertragspartnern erheblich beschränken. **Die Folge: Umsätze in mehrfacher Millionenhöhe brechen weg. Der Fortbestand der österreichischen Wissenschaftsverlage ist extrem gefährdet.**

4. Keine Einrechnung der Betreibervergütung in die Obergrenze

In die Obergrenze wird im Entwurf die **Betreibervergütung eingerechnet**, die aber vorrangig von Schulen und Universitäten, nicht jedoch vom Handel bezahlt werden muss, und zwar für eine spezifische Mehrnutzung in diesen Einrichtungen. „Kunst hat Recht." spricht sich gegen die Einrechnung der Betreibervergütung in die Obergrenze aus. Der Gesetzesentwurf schafft Ausnahmen für weitere Bildungseinrichtungen. Für sie kann eine angemessene Abgeltung wegen der gemeinsamen Gesamtdeckelung nicht verlangt werden. Damit würde eine weitere neue freie Werknutzung entschädigungslos zugelassen werden.

5. Rückvergütung für Privatpersonen: Wie soll das gehen?

„Kunst hat Recht." ist gegen den Rückzahlungsanspruch für Privatpersonen. Aus Gründen des Schutzes der Privatsphäre ist eine Kontrolle quasi unmöglich, es würde lediglich der Aufwand für die Abwicklung der Rückerstattungen erheblich steigen. Das widerspricht der bisherigen Rechtsprechung des EuGH und des OGH und wäre daher nicht EU-rechtmäßig.

6. Was ist eine „geringfügige Nutzung"?

„Kunst hat Recht." befürchtet Rechtsunsicherheit und Rechtsstreitigkeiten im Bereich der „geringfügigen Nutzung": Der Entfall einer Vergütung auf Speichermedien oder Geräte, die nur „geringfügig" für private und eigene Kopien genützt werden, führt zwangsläufig zu Rechtsstreitigkeiten. Wie soll eine (nicht) bloß geringfügige Nutzung nachgewiesen werden? Schon bisher waren nur jene Medien vergütungspflichtig, die auch in einem wirtschaftlich relevanten Ausmaß für Privatkopien genutzt wurden – z.B. USB-Sticks, aber keine digitalen Diktiergeräte oder Fotoapparate.

7. Verhandelte Tarife nur für die ferne Zukunft wirksam – gesetzlich geregelte Enteignung ohne Entschädigung

„Kunst hat Recht." spricht sich gegen die Bestimmung aus, dass Gesamtverträge für neue Speichermedien und Geräte erst 12 Monate nach ihrer Markteinführung geschlossen werden können. Für den dazwischen liegenden Zeitraum werden die UrheberInnen für ihre Leistungen entschädigungslos enteignet. Wir befürchten, dass die KünstlerInnen wieder jahrelang auf ihr Geld warten müssen, was für viele eine ernste Existenzgefährdung darstellt.

8. Ein Beirat als Verwaltungshürde und Verhandlungsbremse?

„Kunst hat Recht." spricht sich gegen einen Beirat aus Bundeswirtschaftskammer, Verwertungsgesellschaften und Bundesarbeiterkammer aus – dieser Beirat kann das bisherige System der Verhandlungen nicht verbessern, sondern im Gegenteil nur verzögern und blockieren. Er führt nur zu mehr Verwaltungsaufwand und zur Behinderung von Vertragsverhandlungen, ohne einen Beitrag zum Ergebnis zu liefern.

Für die Initiative Kunst hat Recht.

Andi Baum, Mercedes Echerer, Gustav Ernst, Silke Hassler, Veit Heiduschka, Peter Henisch, Elfriede Jelinek, Danny Krausz, Barbara Neuwirth, Alexander Potyka, Doron Rabinovici, Angelika Reitzer, Gerhard Ruiss, Robert Schindel, Eva Schobel, Eva Spreitzhofer, Marlene Streeruwitz und Peter Turrini.

„Kunst hat Recht." Initiative für das Recht auf geistiges Eigentum

In der Initiative „Kunst hat Recht." haben sich etwa 2.700 Musikschaffende, AutorInnen, Filmschaffende, bildende KünstlerInnen und FotografInnen zusammengeschlossen, um auf den massiven Einkommensverlust durch die Missachtung des Urheberrechts im Internet aufmerksam zu machen.

Informationen:

Web: http://www.kunsthatrecht.at
Facebook: http://www.facebook.com/kunsthatrecht
Twitter: http://twitter.com/#!/KunsthatRecht
YouTube: http://www.youtube.com/user/kunsthatrecht

Rückfragehinweis:

Organisationsbüro „Kunst hat Recht."
Literar-Mechana
Mag. Michael Kavouras
Tel.: 01-587 21 61–44
E-Mail: kontakt@kunsthatrecht.at